

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postfachkonto Nr. 53 477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 608

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorkauf 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Blut soll weiter fließen!

### Noske lehnt jede Verhandlung ab.

#### Noske und Lüttwiz.

Gewalt! Gewalt! Gewalt!  
Blut muß fließen, rotes Arbeiterblut, das Blut der Revolutionäre, das Blut aller derer, die mit der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske unzufrieden sind!

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hat an Herrn Noske das Ersuchen gerichtet, das Blutvergießen einzustellen und zwischen den in Lichtenberg kämpfenden Regierungstruppen und republikanischen Mannschaften einen Waffenstillstand abzuschließen. Noske erwidert lakisch: Es wird weitergemordet, die Operationen sind im Gange, die Ordnungsbefehle will ihr Futter haben!

Die Gewalt soll also in Berlin über die Vernunft triumphieren. Mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung wird die Bevölkerung weiter bearbeitet. Die Auseinandersetzung zwischen Volksmarinebrigade und republikanischer Soldatenwehr mit den Noskegardien, die nur zeitlich mit der Streikbewegung zusammenfiel, wird als ein Teil des Generalsstreiks dargestellt.

Die republikanischen Soldaten in Berlin, die bisher die Regierung Ebert-Scheidemann unterstützt haben und nur der Gewalt, die Blut-Noske gegen sie anwenden wollte, Gewalt entgegenzusetzen, werden zu Spartakisten gestempelt.

Spartakus ist wieder das Schreckgespenst, mit dem man den Spießbürger einlullt, Spartakus ist der Vorwand für die Aufrechterhaltung der Gewalt Herrschaft.

Noske will immer noch mehr rotes Arbeiterblut fließen sehen und zu seinem Genfer hat er den Freiherrn von Lüttwiz, General der Infanterie, bestellt, der ganz nach belgischem und russischem Muster Greueltat auf Greueltat häuft, die freie Meinungsäußerung unterdrückt, ohne gesetzliche Grundlage, ohne Richterpruch die gefangenen republikanischen Soldaten zu Hunderten standrechtlich ermorden läßt.

Wer ist dieser Lüttwiz?  
Freiherr von Lüttwiz ist kommandierender General des am Berlin garnisonierenden 3. Armeekorps. Am 28. Januar 1919 hat eine Versammlung der Soldatenräte des 3. Armeekorps, 131 Delegierte, die etwa 56 000 Mann vertraten, ihren kommandierenden General, weil er durch seine Verfügungen die Soldatenräte ausschalten und den alten Machthabern das Geißel wieder in die Hand geben wollte, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und folgenden Antrag einstimmig angenommen:  
Die Vollversammlung wolle beschließen, daß der kommandierende General des 3. A.-K., Freiherr v. Lüttwiz, und der Chef des Stabes auf Grund der Verflügung vom 24. Januar 1919 nicht das Vertrauen ihrer Korpsangehörigen besitzen.  
Es ist zur Entlastung durch das Kriegsministerium dem Unterstaatssekretär Göhre einzurechnen.

Hat das preussische Kriegsministerium, das durch den rechtssozialistischen Unterstaatssekretär gedeckt ist, das Selbstbestimmungsrecht der Soldaten anerkannt? Nein! Es antwortete folgendermaßen:  
Kriegsministerium Berlin, den 12. Februar 1919.  
Nr. 370. 2. 10. A. 1. I.

Unter Bezugnahme auf ihre Eingaben vom 20. und 21. Januar teilt Ihnen das Kriegsministerium mit, daß nach Prüfung der vorliegenden Akten kein Anlaß gegeben ist, den General der Infanterie, Frhr. v. Lüttwiz, von seiner Dienststelle zu entfernen.  
Der Genannte hat in Ausführung des Erlasses der Regierung vom 10. Januar 1919 gehandelt.  
Wegen der dortigen Stellungnahme zu dem Erlaß der Reichsregierung vom 10. Januar 1919 und den vom Generalkommando erlassenen Ausführungsbestimmungen behält sich das Kriegsministerium das Weitere vor.

Der Kriegsminister, i. A.: gen. v. Briesberg.  
Der Unterstaatssekretär, gen. Göhre.  
Das also ist der Genfer von Berlin, so steht die rechte Hand Noskes aus! Die Mannschaften haben ihm das Vertrauen geschenkt, um so größeres Vertrauen aber bringt ihm die Regierung der Blutsozialisten entgegen!

Glauben die Ebert-Scheidemann, mit solchen Methoden ihre Regierung besetzen zu können, war ihnen das Menetekel des Generalsstreiks im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland, in Berlin noch nicht deutlich genug, soll die Arbeiterschaft noch deutlicher reden?  
Schon regt sich selbst in den Reihen der Rechtssozialisten die Entrüstung über die Taten dieser Schandregierung. Am Dienstag haben die rechtssozialistischen Arbeiterräte und

Parteifunktionäre an den Handlungen ihrer Führer heftige Kritik geübt und scharfen Protest gegen die verlogene Schreibweise ihres Zentralorgans, des Vorwärts, erhoben.

In der Welt am Montag verlangt Herr Hans Leuß, der sich als Mitglied der rechtssozialistischen Partei und Anhänger der rechtssozialistischen Sache vorstellt, daß die Rechtssozialisten in der Regierung sofort das Feld räumen. Er schreibt:

Wir müssen in die Siegeshymnen Noskes einen Mißton bringen und klipp und klar ausdrücken, daß dieser Sieg Noskes den Sturz der gegenwärtigen Machthaber besiegelt hat.

Schon deshalb kann diese Regierung nicht am Ruder bleiben, weil sie die Schuld trägt an dem Zustande, der zur ersten Revolutionskatastrophe geführt hat.

Bestreiten kann sie diese Schuld nicht. Als sie am vorletzten Sonnabend endlich sich aufrichtete — damals schon zu spät —, tat sie es unvollkommen, ungenügend. Ihr großer Aufruf an die Nation, der am Sonntag erschien, wickelte ein paar Ansätze zu sozialistischer Politik in einen Schwall jener Nebenarten ein, die wir seit Monaten bis zum Erbrechen genossen haben, und selbst jene „Ansätze“ waren verworren und wirkungslos.

Was aber geben die Ebert-Scheidemann-Noske auf Vertrauen und Mißtrauen ihrer eigenen Anhänger. Vorläufig sitzen sie noch in ihrem Ministerstuhl, vorläufig haben sie noch die Bourgeoisie hinter sich, vorläufig können sie noch die Kanonen und Minenwerfer der Lüttwiz und anderer Generale für sich sprechen lassen.

Aber sie werden ihren Triumph nicht lange genießen. Schneller als sonst schreitet die Entwicklung in revolutionären Zeiten fort. Die kapitalistische Bourgeoisie und ihre rechtssozialistischen Helfer haben die Ernte noch längst nicht in der Scheuer. Sie können vorläufig noch Blutbäder unter den revolutionären Arbeitern anrichten. Aber in diesen Blutbädern werden sie sehr bald selbst ertrinken.

Spartakus rufen sie aus, aber den Sozialismus meinen sie. Eine Schreckensherrschaft kann ihnen wohl vorübergehende Erfolge bringen, aber endgültig wird die Arbeit über das Karital triumphieren. Stärker als die Kanonen, Minenwerfer und Maschinengewehre der Noske und Lüttwiz ist die Kraft der Arbeiterschaft, wenn sie einig und geschlossen zusammensteht. Und das Schandregiment von Berlin wird hoffentlich den Erfolg haben, daß auch dort die Arbeiter sich ihrer Macht mehr als bisher bewußt werden und sie entschlossen auszuüben beginnen!

#### Blutiger Terror in Berlin.

Berlin, 12. März. (Eigener telegraphischer Bericht) Blutige Tage erlebt Berlin, die Straßen der Stadt haßen wieder vom Donner der Schläge und dem Getöse der Maschinengewehre und Gewehre. Tag für Tag fallen unerhörte Opfer an Menschenleben. Genau wie in den Tagen des wütendsten Kriegsnationalismus, so berichet auch jetzt dank der Fege der bürgerlichen Parteien, die vom Vorwärts tatkräftig unterstützt wird, eine Stimmung, die jede Schandtat gegen die sogenannten Spartakisten gelassen blinzt, ja sogar noch rechtfertigt. Jedes Greuelmärchen irgend eines nichtsnutzigen Zeitschreibers durchläuft die ganze Presse von der Post bis zum Vorwärts. Nirgends findet sich auch nur ein Wort des Einspruchs gegen das Barbarentum, das jetzt die Herrschaft über Berlin ausübt. Auch die demokratischen Blätter nehmen teil an der Verbreitung dieser Greuelmärchen. Das Berliner Tageblatt steht an der Spitze der Fege, in deren Folge hunderte von Menschen einfach hingemordet werden.

Diese Stimmung wollen die Befehlshaber von Berlin. Die in Opposition zur Regierung stehenden Blätter haben sie ohne Angabe von Gründen verboten. Auch der Vorwärts sucht sogar das Verbot der Freiheit, der Republik und der Neuen Berliner Zeitung zu rechtfertigen mit der Bemerkung, der Zweck sei, zu verhindern, daß die diesen Zeitungen anhänglichen Teile der Bevölkerung zu Gewaltthaten gegen die Regierungspuppen verleitet werden. Die Absicht war, zu verhindern, daß vorzeitig das irrtümliche Treiben der Regierung entlarvt werde. Aber dieser Plan ist nicht ganz geglückt, die Freiheit mußte wieder freigegeben werden, während die Republik noch unterdrückt ist. Während des Nichterscheinens der Freiheit geschah durch die berückelte Presse-Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade, unterstützt von der Regierung, die Verbreitung erdichteter oder übertriebener Greuelthaten, durch die der Boden für die von ihr gewollte Verhängung des Standrechts vorbereitet wurde. Obwohl die Verhängung des Standrechts juristisch absolut keine Grund-

lage besitzt, so suchte man doch den dadurch geschaffenen Vorwand zu benutzen, um die Erschießung von Dutzenden von Menschen ohne jede Untersuchung zu rechtfertigen. Aber es bedurfte nicht einmal des juristischen Mantelchens, denn wie aus dem Vorwärts zu ersehen ist, sind von der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade schon vor der Verhängung des Standrechts zahlreiche Erschießungen von Gefangenen ohne Verhör und Untersuchung vorgenommen worden.

Die Nachrichten von Lichtenberg haben bereits ihre Wirkung ausgeübt. Triumphierend teilt die Presse mit, daß 80 Spartakisten standrechtlich erschossen worden seien, und auch heute morgen berichtet die bürgerliche Presse, daß von 250 Gefangenen 24 an die Wand gestellt und ohne weiteres erschossen worden seien. Das sind nicht die einzigen Nachrichten dieser Art. Es ist wiederum bei den Regierungstruppen die Stimmung geschaffen, die ihnen jede Mordtat an wehrlosen Gefangenen als berechtigt erscheinen läßt.

Bei den Kämpfen in Lichtenberg scheint es sich um den letzten Rest der republikanischen Soldatenwehr zu handeln, die durch die von der Regierung beabsichtigte Auflösung der Wehr in Opposition zu ihr getreten sind. Es ist unwahr, daß die kommunistische Partei oder die U. S. D. mit diesen planlosen Kämpfen etwas zu tun hat. Aber wie das Eingreifen des Oberbürgermeisters von Lichtenberg zeigt, der durch sein Amt zur Vertretung der allgemeinen Interessen berufen ist, sind die Kämpfenden in Lichtenberg auch nicht mit Räubern und Plünderern auf eine Stufe zu setzen. Die Verbreitung der Nachrichten über Räuberzügen sollen lediglich dazu dienen, das große und ungeheure Angebot von Regierungstruppen und die Anwendung von Gewalt mit ihren ganz grauenvollen Ausschreitungen gegen die Soldaten der Wehr zu rechtfertigen. Wenn die sozialistische Arbeiterschaft auch nicht hinter dem sinnlosen Treiben derjenigen steht, die glauben, daß sie auch jetzt noch mit den Waffen in der Hand für ihre Existenz eintreten müssen, so ist es doch ihre Pflicht, wo die schrankenlose Gewalt und Uebermacht sich auszutoben versucht und zahllose Menschenleben gegen Gesetz und Recht hingemordet werden, auf das Entschiedenste gegen solches Verhalten Verwahrung einzulegen.

#### Es wird weiter erschossen.

Berlin, 12. März. Die bürgerlichen Blätter berichten: Ein großes Spartakistenfest (1), in welchem die Angehörigen der aufgestellten Volksmarinebrigade sowie Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr zusammenkamen, wurde von Regierungstruppen in der Zahlmeistererei der Volksmarinebrigade in der Französischen Straße ausgehoben. Man fand ein riesiges Lager von Feuerwaffen, Handgranaten, Maschinengewehren sowie Massen von Dum-Dum-Geschossen. Während die überwiegende Mehrzahl der in Haft genommenen sich in das Unvermeidliche fügte, versuchten 24 mit Revolvern Bewaffnete die Regierungstruppen niederzuschießen und mit der Waffe in der Hand sich zu retten; diese Matrosen wurden später standrechtlich erschossen. 250 Angehörige der Volksmarinebrigade wurden unter harter Bedeckung auf Lastkraftwagen gebracht und nach dem Kellergang in Noabit geführt, wo das außerordentliche Kriegsgericht über sie als Meuterer das Urteil fällen wird. Die in der Zahlmeistererei beschlagnahmten 18 000 Mk. wurden beim Kriegsgericht niedergelegt. Die verhafteten Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr wurden nach Bestimmung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt.

#### Neue Schauer Meldungen.

Berlin, 12. März. Von „besonderer Seite“ wird der Telegr.-Union mitgeteilt, daß die Kämpfe in Lichtenberg fortgesetzt werden, nachdem die Verhandlungen, die die Spartakisten mit den Regierungstruppen nachgelicht hatten, anscheinend gescheitert sind. Entgegen anderen Meldungen, daß die Spartakisten auch über Krillerte verfügen, wird mitgeteilt, daß dies nicht der Fall ist, daß sie aber im Besitz von Wren und von einem Minenwerfer sind, mit dem sie andauernd Wren gegen die Regierungstruppen schleudern. Außerdem besitzen sie viele Maschinen-Gewehre. In der Hauptkaserne 1067 der Feuerkämpf weiter. Der angerichtete Häuserbrand in Lichtenberg ist sehr bedeutend. Die Spartakisten haben wiederum mehrere Waggons angezündet, wobei ihnen eine große Anzahl Kisten mit Eisen in die Hände fielen, die sie unter die Menge verteilten haben. Die Wäcker wurden geworfen, alles Brot ohne Marken abzugeben. Gestern mittag ist es dem Direktor der städtischen Wasserwerke gelungen, eine teilweise Wasserversorgung durchzuführen, so daß die Bevölkerung, wenn auch in beschränktem Umfang, mit Wasser versehen ist. Außerdem konnte auch eine teilweise Stromabgabe vom städtischen Elektrizitätswerk erwirkt werden, so daß Lichtenberg auch wieder etwas Beleuchtung hat. Die Werke fangen langsam wieder zu arbeiten an.

#### Noske will weiter Blut sehen!

Berlin, 11. März. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterdrückte dem Reichswaffenminister das Ersuchen, die Aktion der